Gemeinde Appen

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 485/2011/APP/BV

Fachteam: Planen und Bauen	Datum: 10.01.2011
Bearbeiter: René Goetze	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bauausschuss der Gemeinde Appen	17.03.2011	öffentlich
Gemeindevertretung Appen	29.03.2011	öffentlich

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 25 der Gemeinde Appen für ein Gebiet im Almtweg, nördlich der Hauptstraße (Landesstraße 106) und des Diestelkamps, südlich des Almtweges und östlich der Brusiner Twiete

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Für den im beigefügten Lageplan dargestellten Bereich im Almtweg soll der gemeindliche Flächennutzungsplan geändert werden.

Zur Regelung der Bebauungs- und Nutzungsmöglichkeiten auf den Flächen muss ein Bebauungsplan aufgestellt werden, der die beabsichtigten und von der Gemeinde gewollten Erweiterungen auf den Flächen regelt. Der Bebauungsplan soll für den Teilbereich ausgewiesen werden, der bebaut ist und bebaut werden soll.

Der Bebauungsplan sollte aus Sicht der Verwaltung Festsetzungen treffen zu:

- Den überbaubaren Grundstücksflächen,
- Art und Maß der baulichen Nutzung und
- zulässige Nutzungen außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen

Finanzierung:

Der Antragsteller hat erklärt, sämtliche Kosten für das Änderungsverfahren zu übernehmen. Der Gemeinde entstehen somit keine Kosten.

Beschlussvorschlag:

1. Für das Gebiet im Almtweg, nördlich der Hauptstraße (Landesstraße 106) und des Diestelkamps, südlich des Almtweges und östlich der Brusiner Twiete wird ein B-Plan mit der Nummer 25 aufgestellt. Es werden folgende Planungsziele verfolgt:
 - Ausweisung eines Sondergebietes Erlebnisbauernhof
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
3. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfs, der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der grenzüberschreitenden Unterrichtung der Gemeinden und Behörden soll die Planungsgruppe Elbberg aus Hamburg beauftragt werden.
4. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll im Rahmen eines Öffentlichkeitstermins durchgeführt werden.
5. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger der öffentlichen Belange und die Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs. 1 BauGB) soll schriftlich erfolgen.

Banaschak

Anlagen:

- Lageplan mit Geltungsbereich der Änderung (siehe BV 484/2011/APP/BV)
- Antrag (siehe BV 484/2011/APP/BV)